Von der Integration zur Partizipation

Autor(en): **Blaser, Markus**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **85 (2007)**

Heft 1

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Von der Integration zur Partizipation

Widerspruch 51: Migration, Integration und Menschenrechte. 232 S., Fr. 25.–. Im Buchhandel oder unter www.widerspruch.ch

Es ist verdienstvoll, dass sich der Widerspruch nur wenige Monate nach der verlorenen Abstimmung über das Asyl- und Ausländergesetz vom 24. September 2006 der Migrationspolitik annimmt. Denn die vom Volk gutgeheissene weitest gehende Aushöhlung der Grundrechte von MigrantInnen schliesst sich bekanntlich an eine Reihe zunehmender Verschärfungen der genannten Gesetze seit den 1980er Jahren, die trotz grossen Engagements verschiedenster Gruppierungen nicht verhindert werden konnten. Grundsätzliches Nachdenken drängt sich also auf, und dies tut der Widerspruch in mindestens dreierlei Hinsicht. So bilden jene Texte einen zweiten Schwerpunkt, die den Zusammenhang zwischen Asyl- und Ausländerpolitik auf der einen und der Globalisierung mit dynamisierten Weltmärkten und intensivierter Arbeitsmigration auf der anderen Seite herstellen (S. 135-182). Eingangs befasst sich eine erste Gruppe von Aufsätzen mit der realen Lebenssituation von MigrantInnen und der ebenso konkreten Arbeit mit Betroffenen (S. 6-64). In einer zweiten Gruppe von Beiträgen (S. 75-134) wird «Integration» als migrationspolitisches Konzept einer kritischen Analyse unterzogen. Dazwischen stellt der Artikel von Heiner Busch und Balthasar Glättli die wohl politpraktisch fassbarsten Vorschläge für das «Wie weiter?» nach dem 24.9.2006 zur Diskussion.

Ausgangspunkt bildet die Feststellung, dass die gegnerische Kampagne zwar erfolgreicher war als bei früheren Abstimmungen, aber trotzdem nur knapp

den «Oppositionsdrittel» für ein Nein zu mobilisieren vermochte. Eine wesentliche Ursache dafür orten Busch/Glättli in der inhaltlichen Zersplitterung des Nein-Lagers durch «unterschiedliche Vorstellungen von Asyl- und Migrationspolitik» (S. 66), dem der offizielle «Missbrauchsdiskurs» mit seiner Gleichung «Asylsuchende (ohne Papiere) = Betrüger = illegale Einwanderer = Kriminelle» (S. 67) gegenüberstand. Während die Autoren die frühe Positionierung der SP gegen das Asylgesetz positiv hervorheben, bemängeln sie die Konzentration auf dieses Thema, durch die der Missbrauchsdiskurs im Abstimmungskampf befördert worden sei (S. 68). Eine Verlagerung der Diskussion auf die «normale» Migration und somit das Ausländergesetz habe so nicht stattgefunden, weshalb es dem Nein-Lager nicht gelungen sei zu vermitteln, dass die Schweiz eine Einwanderungsgesellschaft sei. Ob die Erweiterung der Debatte auf eine «libre circulation» nicht nur für EU-BürgerInnen» (S.68) tatsächlich Erfolg versprechender gewesen wäre, muss offen bleiben. Ein Widerspruch ergibt sich zudem aus der Feststellung, dass so manche Aktionen der GegnerInnen «kein breites Medienecho fanden» (S. 68) und der am Anfang stehenden Behauptung, die meisten Medien seien den Referendumskomitees «offen bis unterstützend» (S. 65) gegenüber gestanden. An der grundsätzlichen Richtigkeit der Analyse von Busch/Glättli ändert sich dadurch aber nichts. Und folglich sind die daran anschliessenden Vorschläge mehr als bedenkenswert. Busch/Glättli möchten erstens eine breite migrationspolitische Bewegung aufbauen, zweitens die Partizipation von ImmigrantInnen in dieser Bewegung verbessern, drittens die Debatte um migrationspolitische Alternativen intensivieren und

viertens die Auswirkungen der Gesetzesverschärfungen von einer Beobachtungsstelle dokumentieren. Ist letztere bereits im konkreten Aufbau begriffen (www.migrantsrightswatch.ch), dürften die anderen Ziele weitaus schwieriger zu erreichen sein. Als langfristig wichtigste inhaltliche Aufgabe bezeichnen die Autoren selbst die Formulierung einer eigenen, alternativen Migrationspolitik, die als links-liberales, gemeinsames politisches Projekt mehrheitsfähig gemacht werden könnte (S. 70). Dabei lehnen sie eine Orientierung am integrationspolitischen Diskurs ab, da dieser faktisch auf die Assimilierung der ImmigrantInnen ziele, vermögen aber selbst auch noch keine Eckpunkte für ein positiv formuliertes Konzept zu liefern. Zweifellos haben Busch/Glättli jedoch Recht, wenn sie feststellen, dass man ohne langfristige gemeinsame politische Perspektive (wie sie die SVP gerade auf diesem Feld seit 25 Jahren verfolgt) auch die nächste migrationspolitischen Abstimmungen verlieren wird (S. 72).

Bei der Entwicklung einer solchen Perspektive wird man sich vorerst an der «Zauberformel Integration» (Simone Prodoliet) abarbeiten müssen. Es ist deshalb schade, dass eine vertiefte Auseinandersetzung mit den integrationspolitischen Positionspapieren der politischen Parteien, insbesondere mit dem Integrationspapier der SP Schweiz¹, in den Artikeln zum Thema fehlt; wahrscheinlich war dafür schlicht die Zeit zu knapp. Mit «Integration» selbst am schärfsten ins Gericht geht Mark Terkessidis: Das Konzept sei überholt, weil Wirtschaft und Politik

keine Mittel dafür bereit stellen, der Begriff selbst unklar sei, ein normatives Gefälle zwischen Integrierten und zu Integrierenden impliziere und der Integrationserfolg allein aufseiten letzterer festgemacht werde. Am Vergleich des deutschen Frührentners, der zwischen seinem Häuschen an der Costa Brava und Düsseldorf hin und her «pendelt», mit dem marokkanischen Gastarbeiter, der zwar auch ein Häuschen in seiner «Heimat» hat, aber nicht Deutscher werden darf, weil er nach 30 Jahren in der BRD arbeitslos geworden ist, macht Terkessidis deutlich, worum es in einer Welt wachsender Mobilität und damit Migration eigentlich gehen müsste: um Partizipation. «Der Zugang zu bestimmten Rechten darf nicht am Ende eines nebulösen Integrationsprozesses stehen.» (S. 99) Statt dessen sollten MigrantInnen Aufenthalts- und Partizipationsrechte z.B. auf lokaler Ebene im Sinne eines «Rechts auf einen Ort» besitzen. «Bürger ist jeder, der nur einen Fuss Landes besitzt.» Mit diesem ironisierenden Diktum hat Johann Gottfried Seume schon vor 200 Jahren dieselbe Forderung erhoben.² Gianni D'Amato und Rosita Fibbi ist zuzustimmen, wenn sie die Bürgerschaftspolitik der Schweiz als das zukünftige politisch-kulturelle Kampffeld identifizieren (S. 82). Es wird sich spätestens bei der Abstimmung über die SVP-Einbürgerungsinitiative als solches erweisen.

Markus Blaser

¹ www.spschweiz.ch/fileadmin/downloads/Pospapier_d/20061107_integrationspapier_d.pdf

² Seume, Johann Gottfried (Braunschweig und Leipzig 2. Auflage 1805): Spaziergang nach Syrakus. München, 1991. S. 276.